Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes Borken, von Bürgermeisterämtern und Aemtern des Kreises Borken.

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstr. 14. Fernsprech-Sammel-Nr. 3054. — Rhede: Jos Heinrichs. — Anholt: W. Wolsing. — Werth: Th. Parras. — Isselburg: Johann Welling. Ringenberg: Schniedertöns. — Dingden: Willy Schmitz.

Organ der Zentrumspartei.

Postversandort: Dortmund.

Bocholter-Borkener Volksblatt

Rheder Volkszeitung. Amtliches Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt u. des Landkreises Borken. Anholter u. Isselburger Zeitung.

Postverlagsort: Bocholt.

Bezugspreise im Monat: Abgeholt von der Geschäftsstelle 2.— ins Haus gebracht einschl. 35 Pfg. Botenlohn 2.35, durch die Post einschl. 42 Pfg. Bestellg. 2.52. In Fällen höherer Gewalt, wie Streik, Sperre, Betriebsstörung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung od. Rückzahl.

Anzeigenpreise: Für das einspaltige Millimeter 12 Pfg., lokale Anzeigen 7,7 Pfg. Familienanzeigen 7,7 Pfg., kleine (Gelegenheits-) Anzeigen 6,6 Pfg., behördliche und parteipolitische Anzeigen 10 Pfg. Für den allgemeinen (Zeno-) Teil gelten besondere Tarife. Bei Klageerhebung, Vergleichen, Konkursen fällt der bewilligte Rabatt fort. — Gerichtsstand für beide Teile Bocholt.

Nummer 266 | Montag, den 26. September 1932 | Jahrgang 1932

Die bevorstehende Entscheidung über die preußischen Gemeindewahlen.

)!(**Berlin**, 25. September.

Erhöhtes Interesse kommt der Sitzung des Preußischen Staatsrates am kommenden Donnerstag zu; denn auf der Tagesordnung steht die Stellungnahme zu dem vom Landtag gefaßten Beschluß, am 6. November gleichzeitig mit der Reichstagswahl die Neuwahl der Kommunalvertretungen stattfinden zu lassen. Bereits am Mittwoch nächster Woche werden der Verfassungs- und der Gemeindeausschuß des Staatsrats sich mit dieser Angelegenheit beschäftigen. Es gilt als sicher, daß eine Staatsratsmehrheit gegen den Landtagsbeschluß auf Vorverlegung der Kommunalwahlen Einspruch erheben wird. Wenn diese Annahme sich bestätigt, könnte damit gerechnet werden, daß der Preußische Landtag doch noch einmal vor den Reichstagswahlen einberufen wird, um den Versuch zu unternehmen, den Einspruch des Staatsrats durch eine Zwei-Drittel-Mehrheit des Landtags wirkungslos zu machen. Allerdings muß immer wieder betont werden, daß auch bei Zustandekommen der Zwei-Drittel-Mehrheit im Landtag, die an sich schon unwahrscheinlich ist, mit den Gemeindewahlen kaum gerechnet werden kann wegen der bekannten Stellungnahme der kommissarischen Staatsregierung, daß sie an Landtagsbeschlüsse nicht gebunden sei.

Der Reichsarbeitsminister zu den Streikmeldungen.

— **Berlin**, 24. Sept.

In einer Unterredung über die Durchführung der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit, die Reichsarbeitsminister Schäffer dem Chefredakteur des WTB. gewährte, wies letzterer darauf hin, daß nach Meldungen aus einzelnen Teilen des Reiches in einer Reihe von Betrieben die Durchführung der Verordnung auf Schwierigkeiten zu stoßen scheine. Verschiedentlich seien auf die Ankündigung der Werksleitung hin, daß die Arbeitnehmerzahl durch Neueinstellungen erhöht werde und demzufolge eine der Verordnung entsprechende Lohnkürzung eintrete, die Belegschaften in den Streik getreten. Auch seien Aeußerungen einzelner Gewerkschaftsführer bekannt geworden, die mehr oder minder unverhüllt eine Sabotage der Verordnung ankündigten. Welche Haltung nehme die Reichsregierung gegenüber solchen Versuchen ein?

Der Minister erwiderte darauf folgendes: Es trifft zu, daß in einzelnen Betrieben Arbeiter ihre Arbeitsplätze verlassen haben, weil der Arbeitgeber ein ihm nach der Verordnung zustehendes Lohnminderungsrecht ausgeübt hat, und daß in anderen Betrieben die Arbeiter durch Drohung mit Streik den Arbeitgeber nötigen, die Ausübung dieses Rechts zu unterlassen. Hierbei sei aber darauf hingewiesen, wie sehr die grundsätzlichen Gegner der Reichsregierung und ihrer Verordnung vom 5. September bestrebt sind, diese Tatsache zu vergröbern. Grundsätzlich bin ich noch nicht geneigt, daran zu glauben, daß eine erhebliche Zahl von Arbeitern, die noch einen Arbeitsplatz haben, wegen einer geringen Lohnkürzung den Arbeitslosen, die mit ihren Frauen und Kindern lange genug gedarbt haben, das Recht auf Arbeit und den Eintritt in das Arbeitsverhältnis verwehren wollen. Vor zwei Tagen hat im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes in Genf die Arbeitergruppe mit Unterstützung meines Vertreters die Verkürzung der Arbeitszeit gefordert, um für die Erwerbslosen Arbeitsplätze zu gewinnen. Wenn jetzt in Deutschland der Streik zunimmt und nicht bloß die Fortdauer der Arbeitslosigkeit, sondern stellenweise sogar den Verlust der bisherigen Arbeit zur Folge hat, dann muß ich allerdings gestehen, daß das tatsächliche Verhalten der Arbeiter in Deutschland mit den Forderungen in Genf in unlösbarem Widerspruch steht. Daraus könnten für die Vorkonferenz zur internationalen Abkürzung der Arbeitszeit gefährliche Folgerungen entstehen. Es scheint mir zunächst Aufgabe der Gewerkschaften zu sein, die Streikmeldungen auf ihren wahren Sachverhalt zu prüfen und dann sofort das zu veranlassen, was die tarifvertragliche Friedenspflicht von ihnen verlangt. Denn es ist ganz zweifellos, daß die Zahlung des vom Arbeitgeber auf Grund der Verordnung gekürzten Lohnbetrages als eine volle Erfüllung der tarifvertraglichen Verpflichtungen anzusehen ist. Auf die unmittelbaren Folgen der Verletzung der Friedenspflicht hinzuweisen, erübrigt sich; jede Gewerkschaft und jeder Arbeiter weiß das. Wie es scheint, sehen aber manche noch nicht ein, daß — wenn die Friedenspflicht verneint oder hartnäckig verletzt wird — der Begriff des Tarifvertrages gefährdet und die Stellung der Gewerkschaften erschüttert wird.

Für den Winter hat die Reichsregierung die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung ins Auge gefaßt, weil sie davon ausgeht, daß auf Grund des Wirtschaftsplans die Arbeitslosenziffer sinkt. Es kommt jetzt zum guten Teil auf die Haltung der Gewerkschaften und der Arbeiter an, ob diese natürliche Voraussetzung eintreten kann. Auf alle Fälle hält die Reichsregierung an ihrem Wirtschaftsplan und an der Verordnung fest.

Neue Vorwürfe Herriots gegen Deutschland.

Deutschlands Gleichberechtigungsforderung und Frankreich.

+ **Paris**, 25. September.

Die Rede, die Herriot heute in Gramat gehalten hat, begann mit kurzen Ausführungen über die Rentenkonvertierung und die Notwendigkeit eines Budgetausgleiches. Außerdem sprach er sich über das Ergebnis von Stresa aus und erklärte, Frankreich nehme gern die dort erzielten Ergebnisse hin, weil es sie als einen Erfolg seiner Arbeit in Lausanne betrachte. Herriot ging alsdann zur Außenpolitik über und führte u. a. aus:

Der Gedanke der französischen Regierung ist vor allem auf den Frieden gerichtet. Für uns ist wie für Briand der Krieg ein Verbrechen. Unser Programm hat nichts Zweideutiges; wir haben dies in unserer Antwort an Deutschland zum Ausdruck gebracht, die trotz aller beabsichtigten Mäßigung mit so viel Leidenschaft aufgenommen wurde. Wir betreiben die Politik des Völkerbundes, eine Politik, vor der alle Völker, ob groß oder klein, gleichberechtigt sind.

Wir stellen mit Vergnügen fest, daß wir nicht die einzigen gewesen sind, die erklären, daß eine Wiederaufrichtung Deutschlands der Beginn der Rückkehr zu den alten Torheiten sei, denn es handelt sich um eine Wiederaufrüstung. Zahlreiche Beweise liegen hierfür neben den besonderen Kundgebungen vor. Die technischen Einzelheiten für eine Wiederaufrichtung sind vermehrt worden. Ein Minister, der uns fortgesetzt unseren angeblichen Hegemonie-Willen zum Vorwurf macht, deckt die in sehr zurückhaltender Form in der diplomatischen Note zum Ausdruck gebrachten Absichten auf, dadurch, daß er Materialien fordert und die Schaffung einer Miliz verlangt.

Die Verordnung vom 13. September organisiert die Vorbereitung der deutschen Jugend in einer Weise, daß sie in der Lage ist, die Waffen zu tragen. Es ist eines der traurigsten Kapitel der heutigen Zeit, die junge Generation, die aus der schmerzlichen Erfahrung ihrer Väter hätte Nutzen ziehen sollen, zu Uebungen heranzuziehen und zu Handlungen zu veranlassen, die der Abrüstung und dem Frieden nicht günstig sind. Wie kann man Kinder die Kunst des Tötens lehren.

Wie kann man ernsthaft das schwere Friedensproblem behandeln, und welche Täuschung ist es, fortgesetzt von einer materiellen Abrüstung zu sprechen, wenn man nichts tut, um die moralische Abrüstung herbeizuführen, wenn man direkt oder indirekt, offen oder geheim, die prächtigen Kräfte des Lebens für das verhängnisvolle Werk des Tötens einsetzt, wenn man den Willen aufreizt, dem die industrielle Zivilisation der Gegenwart im gewünschten Augenblick schnell die Mittel zur Vernichtung der Menschheit in die Hand geben würde!

Frankreich, das sehr oft verleumdet wurde, kann die Welt zum Zeugen anrufen, daß es nicht von dieser Ansteckung befallen ist und daß es seine nationale Erziehung auf andere Ziele einstellt.

Aber wir haben noch anderen Anlaß zur Beunruhigung. Diese Beunruhigung wird in uns wachgerufen, durch die offenkundige Absicht zu beweisen, daß Uebereinstimmung zwischen den Forderungen, die gewisse Kreise für gemäßigt halten, und den Publikationen militärischer Fachleute besteht, die sich weigern, unser Genfer Glaubensbekenntnis zuzulassen und die den Unterschied, den wir zwischen einem Angriffskrieg und einem Verteidigungskrieg machen, verspotten.

Die Fachleute, deren Autorität unbestreitbar ist, wollen uns glauben machen, daß Deutschland eine sehr mächtige moderne Armee zu organisieren sucht, die nicht nur für die nationale Verteidigung bestimmt ist (was durchaus berechtigt wäre), sondern sich auch für den Angriff eignet.

Sollte nicht in genau der gleichen Weise, wie Preußen damals die Bedingungen, die ihm aufgezwungen worden waren, dazu benutzt hat, eine gefährliche Armee eines völlig neuen Typs zu schaffen, heute das militärische Genie Deutschlands versuchen, eine Armee oder sogar eine Doppelarmee zu schaffen in der Absicht, einen entscheidenden Stoß ins Herz des Gegners zu führen, für den die nationale Verteidigung nur eine der Formen der Bürgerpflichten ist? Das gestaltet das Abrüstungsproblem so dramatisch.

Es ist wohl wahr, daß die Alliierten des letzten Krieges versprochen haben, ihre Rüstungen herabzusetzen. Man vergißt aber zu oft, die Präambel zu Teil 5 des Versailler Vertrages und das erläuternde Dokument, das Clemenceau im Namen der Alliierten übergeben hat. Dieses Dokument präzisiert, daß die Abrüstung Deutschlands der erste Schritt zu jener Herabsetzung und allgemeinen Beschränkung der Rüstungen ist, die die gesamten Mächte durchzuführen suchen als eines der besten Mittel, dem Kriege vorzubeugen, eine Herabsetzung und Beschränkung der Rüstungen, die der Völkerbund als eine seiner ersten Pflichten herbeiführen müßte. Zweifellos hat das englische Memorandum vom 15. September, das sich loyal dem Willen, die Rüstungen herabzusetzen, anschließt, nachdrücklichst gezeigt, daß die Präambel zu Teil 5 dem Vertrag nicht seinen obligatorischen Charakter nimmt und daß der einzige Hinweis auf die Art und Weise, wie die Abrüstung durchgeführt werden muß, sich in den allgemeinen Aeußerungen des Artikels 8 des Völkerbundspaktes findet. Aber diesen Artikel 8 und die darin enthaltenen Verpflichtungen will Frankreich sehr loyal respektieren. Ich glaube in entscheidender Weise in meiner Antwort an Deutschland bewiesen zu haben, daß Frankreich in weitem Maße zur Rettung der Abrüstungskonferenz in den Monaten Juni und Juli beigetragen hat.

Herriot zählte dann alle Maßnahmen auf, die die französische Regierung seit 1921 zur Herabsetzung seiner Rüstungen getroffen hat, und fuhr fort:

Es scheint manchmal, als ob die Verbindung von Abrüstung und Sicherheit eine Art rückständiger Auffassung zum Ausdruck bringe und als Vorwand für den schlechten Willen gelte. Wer aber kann die hervorragende Antwort vergessen, die die französische sozialistische Partei im Jahre 1917 auf dem Stockholmer Fragebogen erteilte? In diesem Dokument wurde erklärt, daß die Schaffung einer internationalen Streitmacht im Dienste des Rechtes das hauptsächlichste Ziel eines Völkerbundes sei. Respektierung der internationalen Verträge, Beseitigung der Geheimdiplomatie, Schiedsgerichtsverfahren, militärische und wirtschaftliche Sanktionen — das seien die notwendigen Elemente für die Lösung des Problems. Nur um diesen Preis könne ein Regime des Friedens vorgestellt werden. Das gleiche sozialistische Manifest bezeichnet auch die Vorschläge einer Liga, die den Frieden allein auf der Schiedsgerichtsbarkeit aufbauen wollte, als unbefriedigend und betonte nochmals: Was die Völker vor allem verlangen, ist Sicherheit.

Herriot zitierte aus dem Manifest von 1917 die Stellen über die gegenseitige Hilfeleistung und erklärte, daß diese von den Sozialisten damals zum Ausdruck gebrachte Doktrin auch die seinige sei.

Wenn sie Genugtuung erhalten hätte, würde Artikel 8 des Völkerbundsstatus restlos angewendet werden. Die Herabsetzung der Rüstungen würde ohne viel Aufhebens vollzogen werden. Ein Regime gegenseitiger Kontrolle würde Platz greifen, die Beschränkung der offiziellen Rüstungen feststellen und die notwendige Beseitigung der Geheimrüstungen herbeiführen.

In dieser „Gegenseitigkeit des Friedens" würde die Lösung des von Deutschland aufgerollten Problems nicht schwer fallen. Man müsse ein Friedensstatut schaffen, das in einem gleichen Regime der Sicherheit alle Nationen Europas zusammenführe und das Deutschland seine restlose Beruhigung gebe.

Ich glaube, zu wissen, fuhr Herriot fort, daß hervorragende Mitglieder des Völkerbundes augenblicklich ein Programm studieren, durch das die Abrüstung in ein Verhältnis zur Sicherheit gebracht werden soll. Seit der historischen Rede Stimsons und seit dem großmütigen Appell des Präsidenten Hoover, die gezeigt haben, in welchem Maße die Vereinigten Staaten sich für die Verteidigung des Kelloggpaktes einsetzen, haben sich bedeutende Männer in Skandinavien mit dem sie beunruhigenden Problem beschäftigt. Wir werden ihre Anstrengungen sorgsam verfolgen.

Unter den gegenwärtigen Umständen beabsichtigt Frankreich, seine Doktrin und seine Handlungen auf den uneingeschränkten Respekt vor dem Friedensvertrag und vor dem Völkerbundsstatut aufzubauen. Haßerfüllte Rufe dringen zu uns, und man sagt uns, daß man den Versuch macht, den Zorn gewisser Völker gegen uns aufzupeitschen. Frankreich hat das Recht, diesen Leidenschaften seine Vernunft, seine Verzichtleistung und sein Wohlwollen entgegenzustellen. Frankreich hat keinen Groll. Es könnte heute noch am Rhein stehen. Vor der Frist hat es Deutschland die freie Verfügung über die kraft der Verträge besetzten Gebiete gegeben. Man hat ihm dafür nicht gedankt. Es hat einen Teil seines Gebietes, das durch die Schlachten verwüstet wurde, wiederherstellen müssen. Nach Inkraftsetzen des Youngplans, dessen getreuliche Ausführung Deutschland beschworen hatte, hat es an seinen Reparationsforderungen die schwersten Opfer gebracht. Auch dafür hat man ihm keinerlei Dank gewußt. Frankreich, das selbst von der Wirtschaftskrise betroffen ist, muß seine Produktion schützen, aber trotzdem öffnet es den deutschen Waren seine Grenzen, und Deutschland hat 1931 in seinem Handelsverkehr mit Frankreich einen Ueberschuß von 3 385 000 000 Francs gehabt. Auch dafür dankt man uns nicht. Wir haben das Recht, die Aufmerksamkeit Frankreichs und der Welt auf diese Tatsache zu lenken; aber wir werden uns nicht an den Agitationen beteiligen.

Frankreich, so schloß Herriot, ist ruhig, abgeklärt und sich seines guten Gewissens bewußt. Es erklärt sich bereit zu allen loyalen Abmachungen, die territoriale und politische Unabhängigkeit aller Nationen sicherzustellen. Es hat nur einen Wunsch, nämlich den, nach einer schweren Prüfung die Kinder, die ihm verblieben sind, in Ehren und in Frieden zu erziehen.

Ministerpräsident Herriot hat sich unmittelbar nach seiner Rede in Gramat im Kraftwagen nach Genf begeben, wo er in den Nachmittagsstunden des Montag eintreffen wird.

★

Offiziöse deutsche Entgegnung.

— **Berlin**, 25. Sept.

Die Rede Herriots enthält eine solche Fülle von Ungeheuerlichkeiten und Schiefheiten, daß sie nicht ohne Entgegnung hingenommen werden kann.

Das gilt schon gleich zu Beginn der Rede für die Behauptung, es komme Deutschland nur auf seine Wiederaufrüstung an, während Frankreich den Frieden wolle. In Wirklichkeit ist in allen deutschen Erklärungen zu diesem Thema — auch in denen des Generals von Schleicher, auf die Herriot anspielt —

immer wieder mit Nachdruck betont worden, daß wir jedes Waffenverbot, jede Abrüstungsmaßnahme begrüßen und mitmachen würden.

Herriot glaubt, die Maßnahmen der Reichsregierung zur Ertüchtigung der Jugend als Beweismittel anführen zu

Der Schiedsspruch für den Ruhrbergbau.

Man rechnet mit Ablehnung durch die Streitparteien.

— **Essen**, 24. Sept.

In dem Lohnstreit im Ruhrbergbau fällte (wie wir bereits in einem Teil unserer Auflage gemeldet haben) der Schlichter, Prof. Dr. Brahn, einen Schiedsspruch, wonach der Lohntarif unverändert auf vier Monate verlängert wird. Das Mehrarbeitszeitabkommen wird lediglich mit einigen redaktionellen Aenderungen in den Rahmentarif aufgenommen, wodurch für das Mehrarbeitszeitabkommen die Kündigungsfrist des Rahmentarifs gültig wird. Der Rahmentarif ist erstmalig am 1. Februar 1933 zum 1. April 1933 kündbar.

Wie wir erfahren, werden die Arbeitgeber den Schiedsspruch über den Lohntarif ablehnen, dagegen die Regelung der Mehrarbeitszeit annehmen. Die Vertreter der Bergarbeiter werden dagegen den Lohnschiedsspruch annehmen, die Mehrarbeitszeitregelung jedoch ablehnen. Die Erklärungsfrist für die Parteien läuft bis zum 26. September.

Bei den Parteiverhandlungen am Samstag verwiesen die Gewerkschaftsvertreter, wie uns von dieser Seite mitgeteilt wird, erneut auf die Dringlichkeit der Arbeitszeitverkürzung. Das Ziel der Mehrarbeit, die man vor neun Jahren eingeführt habe, sei lange erreicht. Seit 1929 sei die Zahl der Bergarbeiter im Ruhrgebiet um ca. 50 Prozent zurückgegangen. Bei den Arbeitsämtern im Ruhrgebiet würden gegenwärtig 125 000 arbeitsuchende Bergarbeiter gezählt. Da infolge der produktionstechnischen Fortschritte selbst bei einem wirtschaftlichen Aufschwung nur ein kleiner Teil dieser Arbeitslosenarmee im Bergbau wieder beschäftigt werden könne, müsse unbedingt eine Verkürzung der Arbeitszeit eintreten. Der Einwand der Unternehmer, daß die Einführung der 40-Stundenwoche als eine schematische Regelung nicht tragbar wäre, sei nicht stichhaltig. Wenn die Ruhrzechen — so erklärten die Bergarbeitervertreter weiter — vor einigen Jahren an sechs Arbeitstagen in der Woche 2,4 Mill. Tonnen fördern konnten, dann müßte es auch jetzt möglich sein, an fünf Tagen die gegenwärtige Förderung von 1,3 Mill. Tonnen zu bestreiten. Als absolut unhaltbar müßte es vor allem auch bezeichnet werden, daß immer noch 30 000 Tagesarbeiter im Ruhrbergbau eine neunstündige Schichtzeit verfahren müßten.

Trotz dieser Hinweise lehnten die Zechenvertreter, genau wie in den Parteiverhandlungen am 12. September, jegliche Arbeitszeitverkürzung ab und betonten, daß die bisherigen materiellen Bestimmungen über die Arbeitszeit aufrecht erhalten bleiben müßten. Sowohl durch die Beseitigung der neunten Stunde für die Tagesarbeiter, wie auch durch die Einführung der 40-Stundenwoche, könne nach ihrer Meinung eine Milderung der Arbeitslosigkeit im Ruhrbergbau nicht erreicht werden.

Demgegenüber wiesen die Gewerkschaftsvertreter darauf hin, daß im Ruhrbergbau gegenwärtig auf einzelnen Zechen bis zu 14 Feierschichten verfahren würden und von einer gleichmäßigen Verteilung des vorhandenen Arbeitsquantums überhaupt nicht gesprochen werden könne. Für den Bergbau bedeute daher die Verkürzung und Neuregelung der Arbeitszeit, wie sie die Verbände forderten, einen großen Fortschritt.

Bezüglich der Lohnfrage betonten die Zechenvertreter, daß sie einen 12prozentigen Lohnabbau fordern müßten, weil auch die Reichsregierung durch ihre Notverordnung den notleidenden Betrieben eine Ausnahmestellung und größere Beweglichkeit in der Lohngestaltung zugestanden habe. Durch seine Lohnabbauforderungen wolle der Zechenverband das gleiche Ziel wie die Regierung, nur auf anderem Wege erreichen.

Demgegenüber brachten die Gewerkschaftsvertreter zum Ausdruck, daß sie infolge der stark gedrosselten Lohnkosten und der schlechten Lebenslage, unter der die Bergarbeiter ohnehin schon zu leiden hätten, jegliche Diskussion über Lohnsenkungsmaßnahmen ablehnen müßten.

Da unter diesen Umständen eine Annäherung der Tarifparteien nicht zu erzielen war, wurden die Parteiverhandlungen vor dem Schlichter nach kurzer Dauer ergebnislos abgebrochen. Die daraufhin vom Schlichter gebildete Schlichterkammer fällte schließlich den bereits gemeldeten Schiedsspruch.

Zu Nachverhandlungen über den Schiedsspruch treffen sich am Dienstag vormittag die Parteien im Reichsarbeitsministerium. Es wird vermutet, daß der Reichsarbeitsminister nicht zur Verbindlichkeitserklärung zu schreiten braucht.

Wie der Schlichter Prof. Dr. Brahn noch betonte, bedeutet der Schiedsspruch keine materielle, sondern nur eine formelle Aenderung der bisher geltenden Regelung. Durch die Aufnahme des Mehrarbeitszeitabkommens in den Rahmentarif soll erreicht werden, daß nicht immer dreimal im Jahre eine Kündigung erfolgen kann. Der Schlichter hat sich sowohl den Wünschen der Zechenbesitzer nach einer neuen Lohnsenkung als auch den Forderungen der Gewerkschaften auf die Einführung der 40-Stundenwoche verschlossen, da er den Zeitpunkt für eine solche Aenderung nicht für gekommen hält.

können, und versteigt sich dabei zu dem Satz: „Wie kann man Kindern die Kunst des Tötens lehren!" Dabei

hat der Leiter des Kuratoriums für Jugendertüchtigung, General von Stülpnagel, in seinem bekannten Interview mit einem französischen Journalisten klar und deutlich auseinandergesetzt, daß die Jugendertüchtigung nicht im geringsten militärischen Charakter haben soll.

Im Gegensatz hierzu ist Frankreich in der militärischen Ausbildung seiner Jugend allen Nationen geradezu richtunggebend vorangegangen. Die Beteiligung an dieser Jugendausbildung ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Beförderung der aktiven Mannschaften. Dieser Vergleich zeigt unwiderleglich, wie Herriot die tatsächlichen Verhältnisse in beiden Ländern geradezu auf den Kopf stellt.

Das gleiche gilt auch für den Teil der Rede, in dem der französische Ministerpräsident von der moralischen Abrüstung spricht. Es ist sicherlich keine moralische Abrüstung, wenn sich noch vor wenigen Tagen der Vorsitzende des französischen Obersten Kriegsrates bei der Turenne-Kundgebung in dem elsässischen Städtchen Türkheim das Wort des Marschalls Ludwig XIV. zu eigen gemacht hat, daß kein Kriegsmann in Frankreich Ruhe habe, solange ein Deutscher auf der linken Seite des Rheins stehe. Das ist doch geradezu eine Propagandierung einer Annektion des linken Rheinufers, und dies wiegt umso schwerer, als sie von dem einflußreichsten und hervorragendsten Vertreter der französischen Generalität betrieben wird. Wie sich derartige Aeußerungen mit dem Begriff der moralischen Abrüstung vertragen, ist für deutsche und sicher auch für neutrale Beurteiler gänzlich unverständlich. Auf gleich schwachen Füßen stehen die historischen Erinnerungen, mit denen Herriot operiert, wenn er Deutschland vorwirft, es wolle ähnlich wie seinerzeit Preußen einen neuen Typus seiner Armee oder sogar eine Doppelarmee schaffen. Dazu ist doch nur festzustellen, daß die Form unserer Armee uns durch den Versailler Vertrag aufgezwungen worden ist. Uns macht der französische Ministerpräsident Vorwürfe, weil wir uns um die Organisation unserer Verteidigung in den mehr als engen Grenzen von Versailles bemühen. Für Frankreich aber ist nach Herriot die nationale Verteidigung „nur eine der Formen der Bürgerpflichten!" Das ist ein Widerspruch, der dadurch wirklich nicht widerlegt wird, daß er Herriot im selben Atemzuge mit den Beschuldigungen gegen Deutschland unterläuft.

Höchst unklar ist die Rolle, die der Artikel 8 der Völkerbundssatzung in der Rede spielt.

Immer wieder greift Herriot auf ihn zurück, ohne aber nur einmal zu sagen, was er denn vorschreibt. Es ist deshalb vielleicht günstig, den Wortlaut heranzuziehen. Danach bekennen sich die Bundesmitglieder zu dem Grundsatz, „daß die Aufrechterhaltung des Friedens eine Herabsetzung der nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß erfordert, das mit der nationalen Sicherheit und mit der Erzwingung internationaler Verpflichtungen durch gemeinschaftliches Vorgehen vereinbar ist." Dieses Recht der „nationalen Sicherheit" wird Deutschland durch Frankreich ebenso verweigert, wie Frankreich für sich nicht daran denkt, die in dem Artikel 8 verlangte „Herabsetzung der nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß" durchzuführen.

Man sieht also, wie Herriot bei Zitierung des Artikels 8 nur um den Kern herumredet, um das Prinzip der gleichen Sicherheit durch Spitzfindigkeiten zu ersetzen.

Herriot behauptet zwar, Frankreich habe bereits abgerüstet. Aber seine Beweismittel sind nur ein Spiel mit Zahlen. Es klingt sehr schön, wenn er unterstreicht, daß die Anzahl der Infanteriedivisionen von 52 auf 25 und die der Kavalleriedivisionen von 10 auf 5 herabgesetzt worden sei. Demgegenüber muß man darauf hinweisen, daß der höchste Friedensstand der französischen Armee in den Jahren 1913/14 sich auf 900 000 Mann belief, während aber nach den eigenen Angaben, die Frankreich dem Völkerbunde gemacht hat, in diesem Jahre immer noch über 600 000 Mann unter den Waffen stehen. Die Verminderung ist also schon rein kopfmäßig sehr viel geringer, wie es in Herriots Zahlen, die den Eindruck einer Herabsetzung um über die Hälfte machen sollen, zum Ausdruck kommt. Nun muß man aber auch berücksichtigen, daß inzwischen eine ganz außerordentliche Technisierung der französischen Armee erfolgt ist, die sich z. B. in der ungeheuren Verstärkung der Luftstreitkräfte und der Tankwaffe zeigt.

Bei den großen französischen Manövern, die kürzlich stattfanden, waren Publikum und Presse ausdrücklich mit der Begründung ausgeschlossen, daß man niemanden in die technische Vervollkommnung der Armee Einblick gewähren wolle. Die Technisierung des französischen Heeres ist denn auch ganz klar eine Aufrüstung, die weit schwerer wiegt als die Verminderung der Kopfstärke, die sie automatisch im Gefolge haben mußte.

Denn die Tatsache, daß die schwerste Gefahr in dem Ausbau der militärischen Technik und der Heranziehung der Maschine zu militärischen Zwecken liegt, braucht man auch einem Nichtfachmann nicht erst auseinanderzusetzen.

Endlich ist zu den Ausführungen Herriots über die Schaffung einer internationalen Streitmacht noch zu sagen, daß Deutschland eine Teilnahme an einer solchen Einrichtung niemals abgelehnt hat, nur ist es selbstverständlich, daß sie auch wirklich international sein müsse, d. h. daß sie gleichmäßig in Stärke und Qualität aus den Kontingenten aller Staaten zusammenzusetzen sein würde, sonst würde eine solche Streitmacht garnichts anderes als die Verstärkung der Wehrmacht eines Volkes sein. Wenn Frankreich in diesem Zusammenhang ein neues Friedensstatut verlangt, so kann Deutschland mit einer solchen Forderung nur vollkommen einverstanden sein. Es ist nur unverständlich, warum der französische Ministerpräsident dann nicht die klaren und einfachen Methoden annimmt, die von deutscher Seite immer wieder vorgeschlagen wurden, und nichts anderes zum Ziele haben als das gleiche Recht und die gleiche Sicherheit für alle. Dann ergeht sich Herriot, wie auch diese seine Rede wieder zeigt, zu oratorischen und juristischen Künsteleien und Spitzfindigkeiten, die nur auf die Verewigung des Zustandes von Versailles hinzielen.

Am Schluß seiner Rede beklagt Herriot sich dann noch darüber, daß die Deutschen Frankreich keinerlei Dank für die Zurückziehung seiner Truppen vom Rhein gewußt hätten. Schließlich hat Frankreich aber doch bei jeder Räumungsphase ein gutes Geschäft gemacht. Es hat die Räumung als Druckmittel zur Annahme des Dawesplanes und später auch des Youngplanes verwandt, die beide über das finanziell und wirtschaftlich Mögliche hinausgingen und deshalb in sich selbst zusammenbrechen mußten.

Nicht zuletzt hat Frankreich in Locarno auch noch eine ausdrückliche Garantie der französischen Ostgrenze durchzusetzen verstanden.

Das alles weiß man nicht nur in Deutschland, sondern auch die übrige Welt hat sich den wirklichen Verhältnissen immer weniger verschließen können, und so ist kaum anzunehmen, daß Herriots Rede außerhalb der französischen Grenzen die propagandistische Wirkung haben wird, aus die er sie offenbar berechnet hat. Aber daraus folgt auch, daß sich auf diesem Wege ein so schwieriges und bedeutungsvolles Problem nicht der Lösung entgegenführen läßt.

Herriot hat von einem neuen Friedensstatut gesprochen. Vielleicht wird dieser Gedanke bei den späteren Erörterungen noch eine Rolle spielen. Vom deutschen Standpunkt aus kann man nur wünschen, daß diese einzige positive Anregung in der Rede des französischen Ministerpräsidenten auch ihn selbst zu Erkenntnissen führt, die eines Tages doch eine vernünftige und gerechte Regelung zeitigen.

Kerkerstrafen gegen sudetendeutsche Volkssportler.

Ein drakonisches Urteil.

— **Brünn**, 24. Sept.

In dem vor dem Senat des hiesigen Kreisstrafgerichts seit zwei Monaten verhandelten „Hochverratsprozeß" gegen sieben Mitglieder der deutschen nationalsozialistischen Organisationen „Volkssport", „Studentenbund" und „Jugendverband" ist heute das Urteil gefällt worden. Wer hinter die Kulissen der Angelegenheit gesehen hat, der weiß, daß es in diesem Prozeß nicht um nationalsozialistische Quertreibereien, um einzelne Personen geht, sondern daß die ganze deutsche Bewegung diskreditiert und getroffen werden soll, mit ihr überhaupt alle nicht tschechischen Nationalitäten in der tschechoslowakischen Republik. Mit Indizien wurde eine künstliche Kette belastender Beweise um die Deutschen geschmiedet, suchte man sie zu überführen, daß sie auf die Einverleibung des vorwiegend von Deutschen besiedelten Teiles der Tschechoslowakei in Deutschland hingearbeitet hätten. Die Verteidigung wurde lahmgelegt. „Sachverständige" erstatteten „Gutachten", die, von Gerichtsseite beeinflußt, noch neue Handhaben gegen die Angeklagten hinzufügten. Kurzum, das Ganze war ein Verfahren, das von Anfang an zielbewußt darauf gerichtet war, dem Deutschtum einen Schlag zu versetzen, die tschechische Oeffentlichkeit aber in der „Gewißheit" zu bestärken, daß die Deutschen sehr gefährliche Menschen seien, die heimlich die Grundmauern des tschechischen Staates unterwühlen.

Das Urteil lautet: Die sieben Angeklagten sind schuldig, sich seit den Jahren 1930, 1931 und 1932 in einigen Orten der tschechischen Republik zu Anschlägen auf diese vereinigt zu haben und zu demselben Zweck in unmittelbare oder mittelbare Verbindung mit fremden Faktoren getreten zu sein, und haben zu demselben Zweck bewaffnete Kräfte gesammelt, organisiert und ausgebildet, wodurch sie sich des Verbrechens des § 2 des Schutzgesetzes strafbar machten.

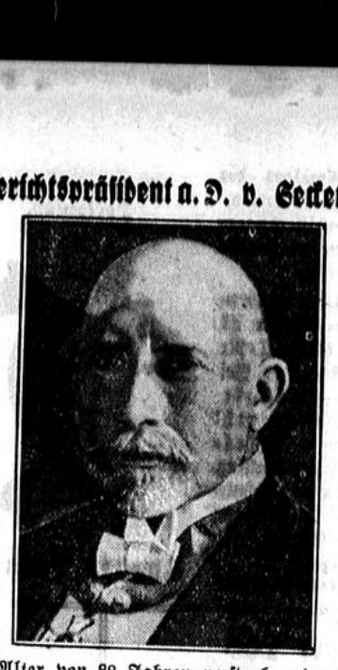
Es sind deshalb gemäß dieses Paragraphen verurteilt worden, und zwar: Dr. Alexander Petermichel zu 18 Monaten Kerker u. 1500 Kronen Geldstrafe, Ingenieur Haider zu drei Jahren und 3000 Kronen, Paliege zu 15 Monaten und 1200 Kronen, Donnhäuser zu zwei Jahren und 2000 Kronen, Schwab zu einem Jahr und 1000 Kronen, Illing zu drei Jahren, und Metzner zu drei Jahren und zu je 3000 Kronen Geldstrafe, sowie zu den Verlusten aller bürgerlichen Ehrenrechte. Die Untersuchungshaft wird ihnen angerechnet.

In der Begründung des Urteils werden die drei genannten Organisationen als ein Teil der Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei bezeichnet. Hervorgehoben wird, daß die Angeklagten nicht einfache, sondern führende Mitglieder gewesen seien. Die Partei der Deutschen Nationalsozialisten in der Tschechoslowakei, so wird in der Begründung weiter ausgeführt, habe ein geheimes Endziel, das sich vollkommen mit dem Ziel der reichsdeutschen Nationalsozialistischen Partei decke; dieses Endziel sei nach Auffassung des Gerichts offensichtlich die Lostrennung eines Teiles der tschechoslowakischen Republik und dessen Angliederung an Deutschland. Die Angeklagten hätten auch zugegeben, daß sie ideell mit Hitler übereinstimmten. Der Gerichtshof sei auf Grund urkundlichen Materials zu der Ueberzeugung gelangt, daß sich alle Angeklagten aktiv an Anschlägen gegen den tschechoslowakischen Staat beteiligt hätten.

Die Verteidiger erklärten, daß sie gegen das Urteil hinsichtlich der Schuldfrage Nichtigkeitsbeschwerde, hinsichtlich der Strafe Berufung einlegen würden. Der von der Verteidigung gestellte Antrag auf Haftentlassung der Angeklagten wurde vom Gericht abgelehnt.

Die schweren Strafen wurden bei der sudetendeutschen Bevölkerung allgemein als ungerecht empfunden. Das Extrablatt des „Brünner Tagesboten" trug die Ueberschrift „Brutales Urteil im Volkssportprozeß" und vertrat weiter den richtigen Standpunkt, daß die Tschechen das Urteil schon lange fertig hatten. Das Extrablatt wurde sofort beschlagnahmt. Man erwartet nunmehr, daß das Gericht vom Prager Parlament die Auslieferung der führenden Abgeordneten der sudetendeutschen Nationalsozialisten verlangen wird. Die Urteilsbegründung, die sich vor allem auf die geheimen, aber durch nichts bewiesenen Nachrichten des tschechischen Generalstabes und auf das Urteil der militärischen Sachverständigen stützt, läßt klar die Zusammenhänge mit der französischen Prager Militärmission erkennen. Das Urteil soll im Interesse der französischen Politik in Mitteleuropa den gerichtsordnungsmäßigen Beweis dafür liefern, daß die sudetendeutschen Volkssportleute angeblich mit der SA. im Reiche zusammenarbeiteten, um die militärischen Kräfte unter allen Deutschen Europas zu organisieren.

Reichsgerichtspräsident a. D. v. Seckendorff †



Im Alter von 88 Jahren verstarb, wie wir gemeldet haben, der frühere langjährige Reichsgerichtspräsident, Geheimrat Freiherr von Seckendorff.

Neuraths Besprechungen in Genf.

— **Genf**, 25. Sept.

Der Reichsaußenminister Freiherr von Neurath hatte gestern nachmittag eine Unterredung mit dem Vorsitzenden der Abrüstungskonferenz, Henderson. Die beiden Staatsmänner haben die Entwicklung, welche die gegenwärtige Situation in der Abrüstungsfrage herbeigeführt hat, in freundschaftlicher Form nochmals durchgesprochen. Irgendwelche Entschließungen konnten nach Lage der Dinge nicht getroffen werden.

Der Kabinettschef Mussolinis, Botschafter Baron Aloisi, stattete am Sonntag vormittag dem Reichsaußenminister im Hotel Carlton einen Besuch ab. Die längere Unterredung trug einen ausgesprochen vertraulichen und freundschaftlichen Charakter. Die Uebereinstimmung, die zwischen der deutschen und der italienischen Regierung in der grundsätzlichen Haltung zur Abrüstungsfrage besteht, ist in dieser Unterredung von neuem zum Ausdruck gekommen.

Von italienischer Seite wird darauf hingewiesen, daß jetzt erneut die üblichen Störungsversuche von französischer Seite in der Richtung eingesetzt haben, als ob eine Aenderung in der Haltung Italiens denkbar wäre. Demgegenüber verlautet, daß die italienische Abordnung angewiesen ist, den deutschen Standpunkt in der Gleichberechtigungsfrage im Falle einer öffentlichen Aussprache weitgehend zu unterstützen. Die italienische Auffassung wird dahin gekennzeichnet, daß die Abrüstungskonferenz jetzt zu einer entscheidenden Herabsetzung der Rüstungen gerade der Großmächte führen müsse. Für den Fall eines ergebnislosen Verlaufs der Konferenz könne keinem Staat das Recht auf nationale Sicherheit und Durchführung der hierzu nötigen Maßnahmen bestritten werden. Die deutsche Gleichberechtigungsforderung wird auf italienischer Seite als juristisch und moralisch einwandfrei bezeichnet.

Freiherr von Neurath, der am Montag als Vertreter Deutschlands an der Eröffnung der 13. Völkerbundsversammlung teilnimmt, wird wahrscheinlich am Mittwoch nach Berlin zurückkehren.

Der englische Außenminister Sir John Simon beabsichtigt, wie aus Kreisen der englischen Delegation mitgeteilt wird, nicht erst am Dienstag, sondern vielleicht schon am Montag abend vorübergehend nach London zurückkehren. Unter diesen Umständen wird es als zweifelhaft angesehen, ob am Montag eine Zusammenkunft zwischen dem englischen Außenminister und französischen Ministerpräsidenten Herriot stattfindet, da Herriot seine Ankunft in Genf erst für Montag abend angemeldet hatte.

Der Völkerbundsrat erledigte gestern die letzten Vorbereitungen für die Entlassung des Iraks aus dem Mandatsregime. Die letzte Bedingung, die der Irak noch zu erfüllen hat, ist der Beitritt zum Völkerbund, der auf der diesjährigen Völkerbundsversammlung vollzogen werden wird. Der Rat beschäftigte sich weiter mit dem chinesisch-japanischen Konflikt. Es wurde beschlossen, den Völkerbundsrat zum 14. November einzuberufen, um zu dem Lyton-Bericht Stellung zu nehmen.

Die Völkerbundsversammlung wird am Montag durch den Ratspräsidenten, den irischen Präsidenten de Valera, mit einer Ansprache eröffnet werden. Zum Präsidenten der Versammlung wird voraussichtlich der griechische Gesandte Politis von der Versammlung gewählt werden. Im Gegensatz zu den früheren Versammlungen wird diesmal keine große politische Aussprache stattfinden, sondern die Versammlung dürfte nach Erledigung der üblichen Formalitäten sofort in die Kommissionsarbeiten eintreten.

Die Deutsche Volkspartei für Einheitsfront hinter Papen.

:?: **Berlin**, 25. September.

Der Pressedienst der Deutschen Volkspartei teilt mit: Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei trat heute zu einer vollzählig aus allen Teilen des Reiches besuchten Sitzung zusammen. Der Parteiführer, Reichstagsabgeordneter Dingeldey, erstattete den Bericht über die politische Lage. Die Deutsche Volkspartei steht geschlossen hinter dem Reichspräsidenten von Hindenburg und unterstützt das Rettungsprogramm der Reichsregierung vorbehaltlich der kritischen Stellung zu Einzelfragen. Eingehende Aussprache ergab darin völlige Uebereinstimmung aller Vertreter. Der Parteiführer wurde ermächtigt, für den Einsatz aller nationalen Kräfte in einer einheitlichen Front des Wahlkampfes die erforderlichen Schritte zu tun. Die weiteren Beratungen galten Organisationsfragen. Es wurde beschlossen, den Zentralvorstand auf den 9. Oktober einzuberufen.

Die neue sozialdemokratische Regierung Schwedens.

)) **Stockholm**, 24. Sept.

Der mit der Regierungsbildung beauftragte sozialdemokratische Redakteur P. A. Hansson hat heute die folgende Ministerliste dem König vorgelegt: Ministerpräsident: P. A. Hansson, Außenminister: Oberdirektor Sandler, Justizminister: Oberlandesgerichtspräsident Schlyter, Finanzminister: Lektor Wigforß, Kultusminister: Redakteur Engberg, Landwirtschaft: Reichsbankbevollmächtigter Sköld, Verkehr: Sekretär H. Leo, Landesverteidigung: Redakteur Wennerström, Handelsminister: Gewerkschaftsvorsitzender F. Ekman, Minister ohne Portefeuilles: Generaldirektor Nothin und Professor Undén, Wohlfahrtsminister: Parteisekretär Möller.

Die Mitglieder des Kabinetts entstammen fast durchweg dem Arbeiter-, Handwerker- oder Bauernstand. Ministerpräsident ist Per Albin Hansson, in ganz Schweden nur „Per Albin" genannt, 1885 in der Provinz Schonen als Sohn eines Maurers geboren. Nachdem er vier Klassen der Volksschule besucht hatte, wurde er Laufjunge und dann Verkäufer. Von 1909 bis 1917 war er als Redakteur des Parteiorgans der Sozial-Demokraten tätig. Im Jahre 1918 wurde er in die Zweite Kammer gewählt. In den sämtlichen drei sozialdemokratischen Ministerien unter Branting bekleidete er den Posten des Verteidigungsministers. Seit 1925 ist Hasson Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei, auf deren rechten Flügel er steht. Er erfreut sich infolge seines freundlichen und einfachen Wesens allgemein größter Beliebtheit. Minister des Aeußern wird Richard Sandler, geboren 1884, Lehrer an Volksschulen, Minister in sämtlichen drei sozialdemokratischen Ministerien unter Branting. Er ersetzte nach dessen Tod Anfang 1925 Branting als Ministerpräsident.

Schwere Kämpfe zwischen feindlichen Städten in Aegypten.

△ **Kairo**, 24. September.

Zwischen den beiden am Nil gelegenen Städten Sohag und Achmim bestanden seit langem Spannungen, die jetzt zu offenen Feindseligkeiten geführt haben. 3000 Einwohner Achmims haben sich in Schiffen nach Sohag begeben. Zwischen den Einwohnern der beiden feindlichen Städte kam es zu einem erbitterten Kampf. Ein großes Polizeiaufgebot ging unter Anwendung von Feuerwaffen gegen die kämpfenden Parteien vor, die sich in wilder Flucht in Sicherheit zu bringen versuchten. Viele der Kämpfer sprangen in ihrer Angst in den Nil. Bei den Zusammenstößen wurden 13 Personen getötet und etwa hundert verletzt. Die Polizei nahm rund 50 Verhaftungen vor.

Bombenanschlag auf Europäer in Indien.

() **Kalkutta**, 25. September.

Indische Terroristen, die mit gestohlenen Polizeigewehren, Revolvern und Bomben bewaffnet waren, überfielen in der Nacht zum Sonntag das Assam-Bengal-Eisenbahninstitut in Chittagong (Bengal), wo sich eine europäische Abendgesellschaft versammelt hatte. Sie schleuderten eine Bombe in die Versammlung, wobei eine Europäerin getötet, zwei Polizeioffiziere und sechs andere Europäer verwundet wurden. Hierauf ergriffen die Täter die Flucht. Sie konnten unerkannt entkommen. Später wurde die Leiche einer jungen Inderin außerhalb des Gebäudes gefunden, die von mehreren Kugeln durchbohrt war.

Der Anschlag hat in Kalkutta große Erregung hervorgerufen. Besonders europäische Kreise fühlten sich gefährdet, da vor wenigen Tagen durch die eigene Rundfunkstation des indischen Kongresses eine Erklärung verbreitet wurde, in der sämtliche Europäer mit dem Tode bedroht werden. Die Behörden haben umfassende Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Sämtliche Lichtspieltheater, Wirtschaften und Klubs in Kalkutta stehen unter strenger polizeilicher Bewachung.

Kommunistische Ausschreitungen in Köln.

!! **Köln**, 24. September.

Die KPD veranstaltete am Sonntag in der Kölner Rheinlandhalle eine Kundgebung. Während diese Veranstaltung ruhig verlief, kam es im Laufe des Tages in der Stadt mehrfach zu Ausschreitungen. So wurden am Nachmittag in Köln-Kalk Polizeibeamte, die einen kommunistischen Umzug auflösen wollten, von allen Seiten mit Steinen, Flaschen usw. beworfen und auch beschossen. Die Beamten mußten schließlich von der Schußwaffe Gebrauch machen. Bei einer Hausdurchsuchung fand man später einen 25jährigen Arbeiter mit einem Beckenschuß auf. Der Schwerverletzte ist im Krankenhaus gestorben. Zwei Polizeibeamte sind verletzt worden. Zwanzig Personen wurden verhaftet. Bei einem kommunistischen Ueberfall auf Nationalsozialisten wurden zwei NSDAP-Mitglieder verletzt.

Massenandrang zum Münchener Oktoberfest.

△ **München**, 25. September.

Die bayrische Landeshauptstadt stand am Samstag und Sonntag im Zeichen der Oktoberfest-Haupttage. Das Fest hat auch heuer die alte Anziehungskraft auf die Fremden ausgeübt, die von nah und fern gekommen waren. Die Eisenbahn hat an beiden Tagen einen Riesenverkehr bewältigt. Allein am Samstag sind in München zehn Sonderzüge mit rund 7000 Personen eingetroffen, ferner sind mit den übrigen Zügen im Fernverkehr am Samstag rund 38 000 Personen angekommen. Es besuchten also heuer rund 7400 Personen mehr das Oktoberfest als im letzten Jahre. Am Sonntag trafen drei weitere Sonderzüge mit 2000 Besuchern in München ein. Auf dem Festplatz herrschte sowohl am Samstag wie am Sonntag ein Massenandrang, sodaß die Bierpaläste wiederholt wegen Ueberfüllung polizeilich gesperrt werden mußten.

Vier Personen vom Blitz getroffen.

+ **Lüdinghausen**, 25. September.

Bei einem heftigen Gewitter in der Nähe von Seppenrade (Kreis Lüdinghausen) wurden auf freiem Felde ein Mann und ein Kind durch Blitzschlag getötet und zwei Kinder leicht verletzt.

★

Der Blitz schlägt in Kartoffelbuddlergruppe.

() **Wittstock (Dosse)**, 24. Sept. In Schmolde wurde gestern nachmittag eine Kartoffelbuddlergruppe von zwölf Personen auf dem Felde von einem schweren Gewitter überrascht. Plötzlich schlug der Blitz in die hinter dem Pflug gehende Menschengruppe und betäubte alle Sammler. Ein Mann und eine Frau wurden getötet. Zwei Frauen wurden besinnungslos in ärztliche Behandlung gebracht und schweben in Lebensgefahr.

Vermischte Nachrichten.

Nächtlicher Raubüberfall auf ein Ehepaar.

)(**Berlin**, 24. Sept. Ein verwegener Raubüberfall spielte sich in der vergangenen Nacht in Weißensee ab, bei dem den Tätern die gesamte Tageseinnahme eines Kinos in die Hände fiel. Als die Kassiererin des Schloßkasinos in Weißensee nach Schluß der Vorstellung mit der Einnahme in Begleitung ihres Mannes nach Hause gehen wollte, tauchte plötzlich aus dem Dunkel ein Auto auf, das mehrere Meter vor dem Ehepaar anhielt. Mehrere Männer sprangen aus dem Wagen und entrissen der Frau den Koffer, in dem sich 550 Mark befanden. Die Räuber fuhren dann mit dem Auto, das mit laufendem Motor bereitstand, in höchster Geschwindigkeit davon.

Raubüberfall in Hindenburg.

× **Hindenburg** (Oberschlesien), 24. Sept. Zwei junge Burschen überfielen hier heute abend eine Frau und versuchten ihr die Aktentasche zu entreißen. Ein Polizeibeamter, der der Ueberfallenen zu Hilfe eilte, wurde von den Burschen mit Schüssen empfangen, die der Beamte erwiderte. Bei dem Feuergefecht wurde der Polizeibeamte durch zwei lebensgefährliche Lungenschüsse und einer der Täter durch einen Bauchschuß verletzt. Der zweite Bursche entkam.

Auffindung einer vergrabenen weiblichen Leiche.

— **Seesen a. H.**, 24. Sept. Im Granetal bei Seesen fanden Pilzsammler im Walde in einer schwer zugänglichen Schonung, etwa 25 cm im Erdboden vergraben, eine weibliche Leiche. Ein Schuh mit Strumpfresten, wahrscheinlich vom Wild freigescharrt, ragte aus dem Waldboden hervor. Man nimmt an, daß es sich um die seit Februar ds. Js. vermißte 26 Jahre alte Liselotte Hoffmeister, Tochter eines verstorbenen Landwirts aus Seesen, handelt. Den Umständen nach ist anzunehmen, daß Mord vorliegt. Etwa fünf Meter vom Fundort der Leiche entfernt sind Teile von Geschoßhülsen gefunden worden.

Zehn Bauernhöfe in Kärnten niedergebrannt.

:: **Wien**, 24. Sept. In Dellach im Gailtal (Kärnten) brannten heute nacht zehn Häuser ab. Die Ursache konnte bis jetzt nicht geklärt werden. Die von dem Unglück betroffenen Hausbesitzer sind durchweg Kleinbauern und haben durch das Feuer ihre ganze Habe verloren.

Erfinderschicksal.

!! **Budapest**, 24. Sept. Zwei Ingenieure, die bereits seit einigen Tagen eine technische Neuerung ausprobierten, verunglückten heute tödlich. Die Ingenieure hatten ein Auto mit Propellern konstruiert, das sich in die Luft heben und über niedrigere Gegenstände hinwegfliegen konnte. Beim heutigen Versuch explodierte die Maschine und stürzte ab. Die Insassen waren auf der Stelle tot.

Start von Gronaus in Schanghai.

△ **Schanghai**, 25. Sept. Der deutsche Flieger von Gronau ist heute früh 7,50 Uhr Ortszeit von hier mit Kurs auf Honkong gestartet.